



:schulnotizen

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz, abc-druck; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Sonderschule

Drei Beiträge



Gemeinsame Schule

Uneinigkeit im ÖAAB



Vorarlberger Mittelschule

Peter Fischer diagnostiziert Flop



„Finnen kennen kein Burnout.“

Hans Joss

Editorial

Willi Schneider
wilhelm.schneider@schule.at

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Die „Schulnotizen“ bestehen seit den 1970-er Jahren und sind eine vereinseigene Zeitschrift des Sozialistischen Lehrervereins Vorarlberg. Sie richten sich vor allem an Personen im Land Vorarlberg, die sich mit Bildung und Bildungspolitik beschäftigen – natürlich auch an alle PflichtschullehrerInnen des Landes.

Sie wird aber vereinzelt auch in anderen Bundesländern und im benachbarten Ausland gelesen (derzeitige Auflage: ca. 1200 Stk.). Die „Schulnotizen“ waren daher nie eine reine Mitgliederzeitung. Vielmehr verstehen sie sich auch als eine Art Diskussionsforum, in dem auch Personen zu Wort kommen können, deren Meinung sich nicht mit der Meinung der Redaktion, wohl aber mit gewissen Grundsätzen deckt.

Solche Grundsätze sind:

- Bekenntnis zur Demokratie, Ablehnung von Diktatur
- Das Wohl der Schüler und Lehrer steht im Vordergrund.
- Kritische, aber respektvolle Auseinandersetzung mit schul- und gesellschaftspolitischen Themen

Stellungnahmen und Reaktionen veröffentlichen wir gerne nach Absprache mit der redaktionellen Leitung.

Impressum

schulnotizen Nr. 1 / 2010

Herausgeber u. Verleger: SLV, Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz;
ABC-Druck, Rankweil, P.b.b.
Schriftleitung: Armin Roßbacher
Gestaltung: Franz Bickel

Sonderschulen und/oder Integration?

Konrad Müller *
direktion@spzgo.snv.at

Gerne nütze ich die Einladung der Redaktion, in den „Schulnotizen“ mit ein paar Gedanken zur aktuellen Diskussion beizutragen.

1993 wurde die schulische Integration in der 15. SchOG-Novelle als Aufgabe der Volksschule gesetzlich verankert, 1996 wurden in der 17. SchOG-Novelle die Hauptschule und die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen in die Pflicht genommen. Ob die Kinder in Integrationsklassen oder in der Sonderschule beschult werden, wird seither den Eltern zur Wahl gestellt. Die zuvor stark ideologisch besetzte Diskussion fand damit ein vorläufiges Ende.

Am 28. April diesen Jahres ließ der Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aufhorchen: Die Sonderschulen wurden mit dem Prädikat „menschenrechtswidrig“ versehen. Die Abschaffung der Sonderschulen in Österreich wurde gefordert.

Soll damit ein fruchtbares (wenn auch sicher noch verbesserungsfähiges) Mit- und Nebeneinander abrupt beendet werden? Aus meiner Sicht gilt es Folgendes festzuhalten:

Von der Integrationsbewegung wurden viele wertvolle Impulse in den (sonder)pädagogischen Alltag der Schulen eingebracht. Davon mögen jedoch jene berichten, die dafür gearbeitet haben und verantwortlich sind.

In den Sonderschulen wurden ebenfalls innovative Ideen entwickelt und in die Praxis umgesetzt. Die Sonderschulen wurden zu sonderpädagogischen (Kompetenz-)Zentren ausgebaut, die in intensivem Austausch mit den Volks- und Hauptschulen der Region standen und stehen. Die Agenden der Schulleitung und der SPZ-Leitung (Begutachtung der Kinder plus Beratung der Eltern) wurden an den meisten Standorten aufgesplittet, um die Qualität zu optimieren und Interessenskonflikte zu vermeiden. Sprach- und Bewegungsklassen im

Eingangsbereich der Volksschule wurden entwickelt, Übergangsklassen zwischen Volks- und Hauptschulen eingerichtet, das Berufsvorbereitungsjahr eingeführt. In Zusammenarbeit mit dem AKS wurde das Konzept „Therapie an Sonderschulen“ erarbeitet, das bereits an 12 Standorten realisiert wird. – Und das alles soll abgeschafft werden? Oder gar „menschenrechtswidrig“ sein?

Die öffentliche Diskussion geht politisch (meiner Einschätzung nach) in Richtung „Gemeinsame Schule“. In eine solche Gemeinsamen Schule möchte ich die Sonderschulen mit all ihren Angeboten entschieden hineinreklamieren – mit all ihren Angeboten!

Immer wieder wird – auch von Politikern – betont, dass es um das Wohl des Kindes gehen muss. Dieses Anliegen wird von den Sonderschulen selbstverständlich geteilt. Wenn wir eines Tages in einer Gemeinsamen Schule sein sollten, können Kinder in Integrationsklassen, Kleinklassen, Förderklassen usw. beschult werden – je nach dem, was für das einzelne Kind das wahrscheinlich beste Angebot ist. Über den Entscheidungsfindungsprozess, was denn für das einzelne Kind wirklich das Beste ist, müsste im Vorfeld natürlich noch nachgedacht werden.

Dass es neben dieser gemeinsamen Schule weiterhin Spezialschulen wie das Schulheim Mäder, das LZH Dornbirn, die Carina, den Jagdberg oder das Jupident braucht, steht für mich außer Streit – aber dies ist ein anderes Thema und soll von anderen zu gegebener Zeit behandelt werden.

Zunächst ist aber eindeutig die Politik gefordert: Wohin soll sich die österreichische Schule entwickeln? Viele Menschen warten auf eine klare Antwort und einen Auftrag.

* Direktor, ASO/SPZ Götzis

Sonderschulen im Spannungsfeld von Menschenrechten und Gemeinsamer Schule

Birgit Saxenhammer *
Saxi5@gmx.at

Vorneweg: Man kann und soll über die Problematik diskutieren, dass Kinder aus so genannten „ASO-Klassen“ von Sonderschulen in der Gesellschaft oft abgestempelt werden. Es soll und muss darüber nachgedacht werden, wie das Schulsystem vor allem auch für Kinder mit speziellen Bedürfnissen verbessert werden kann. Wenn man aber von „menschenrechtswidrigen“ Schulen spricht und als alleinige Lösung gleich alle abschaffen will, wird einem auf der Stelle klar, dass es hier nicht wirklich um die Kinder geht, sondern ideologische Grabenkämpfe losgetreten bzw. ausgefochten werden sollen, weil auf diesem Niveau einfach kein Gespräch stattfinden kann.

Welche Rechte werden verletzt?

Selbstverständlich soll jedes Kind einen Integrationsplatz erhalten, wenn es für das Kind Sinn macht. Aber was ist mit den Kindern, die im regulären Schulalltag schlichtweg überfordert sind? Mit Kindern, denen der Schulbesuch nur in einer Klein(st)gruppe möglich ist? Welche Rechte werden verletzt, wenn ein Kind nach der 8. „ASO-Klasse“ erfolgreich den Hauptschulabschluss nachmacht? Wäre ihm besser gedient gewesen, es hätte mehrfach wiederholt und dann die HS (MS) ohne Abschluss verlassen? Was ist mit Kindern, die in Sprachheil- und Übergangsklassen der Sonderschulen zwar nach dem Lehrplan der Volksschule bzw. Hauptschule unterrichtet werden, aber gerade dort jene Rahmenbedingungen finden, die sie dringend brauchen? Die dort oft zum ersten Mal Kontakt mit Kindern bekommen, die besondere, „andere“ Bedürfnisse haben?

Findet „Integration“ deshalb zum Teil vielleicht

nicht gerade in Sonderschulen statt? – Ein gewagter Gedanke! Oder doch nicht?

Bedürfnisse

Beim Thema „Gemeinsame Schule“ (nachdem man den Begriff „Gesamtschule“ ja nicht mehr verwenden darf) werden Sonderschulen meist ausgeklammert. Wenn man sich eine Gemeinsame Schule so vorstellt, dass Kinder mit besonderer Begabung genauso wie Kinder mit entsprechenden Schwächen die nötige Förderung bekommen, was hält uns ab, weiterzudenken und uns eine Schule vorzustellen, in der Begabten-Module genauso geführt werden wie auch Sonderklassen? Eine Schule, in der, wenn immer es möglich ist, ein wortwörtlich „übergreifender“ Unterricht gehalten wird? In der allein schon durch die Unterbringung in einem gemeinsamen Gebäude dem Abstempeln schon von Beginn an entgegengewirkt wird?

Bedarf

Der Bedarf an Spezialklassen mit entsprechenden Ausstattungen wird immer gegeben sein. Kein vernünftiger Pädagoge, keine klar denkende Pädagogin kann das ernsthaft in Frage stellen. Fragen sollte man sich eher folgendes: Wenn es wirklich um das Wohl der Kinder und ihrer bestmöglichen Förderung gehen soll: Warum sitzen in diesem Monitoringausschuss nicht Eltern und PädagogInnen, die am ehesten eine Ahnung davon haben, was nötig und/oder möglich sein könnte? Worum, wenn nicht um das Wohl der Kinder, geht es also wirklich?

* Lehrerin, ASO/SPZ Götzis

Inklusion: Träumen von einer besseren Welt darf jeder

Evi Linder *
evi.linder@vol.at

Nun waren doch die meisten KollegInnen ziemlich verduzt, als es hieß: Sonderschulen sind menschenunwürdig – Inklusion gehört verwirklicht.

Viele fragten sich – besonders bei uns im Ländle, wo sich das Sonderschulwesen ständig positiv weiterentwickelt – was mit der bestehenden Integration und dem gut funktionierenden Netz von verschiedensten Betreuungsangeboten werden soll?

Ehrlich gesagt: Ich weiß es auch nicht! Man stelle sich vor, alle Sonderschulen würden abgeschafft und deren SchülerInnen in das Regelschulwesen inkludiert. Nun, das ist eine ideale Vorstellung und sicherlich der Traum der toleranten Gesellschaft. Aber war es das dann schon?

Viele Fragen treten bei jenen auf, die vor Ort pädagogisch tätig sind:

- Soll dann in jeder Schule ein Psychologe, ein Ergotherapeut, ein Logopäde, ein Gehörlosenpädagoge, ein Blindenlehrer, ein Sozialpädagoge usw. vor Ort tätig sein?
- Wird dann jede Schule so umgebaut werden, dass es einen behindertengerechten Zugang zu allen Klassenräumen gibt?
- Sollen die Klassenräume so adaptiert werden, dass optimale akustische Verhältnisse für hörbeeinträchtigte Kinder vorhanden sind?
- Gibt es dann in jeder Schule die dringend notwendigen Spezialräume, wie diese zum Beispiel jetzt schon im Schulheim Mäder existieren?

In Zeiten von Budgetknappheit, Finanzkrise und einem daraus folgenden Einsparungsbedarf darf dies kritisch hinterfragt werden. Wollen und können dies die zuständigen Entscheidungsträger wirklich umsetzen oder fallen die unlängst getätigten Äußerungen unter die Kategorie „Lippenbekenntnisse“? (So wie wir das seit Jahrzehnten beim Thema Gleichstellung der Frau auch schon gewohnt sind.)

Zugegebenermaßen klingt es doch gut, wenn man sich in der Öffentlichkeit hinstellt und sagt, man wolle keine Separation mehr. Alle gehörten zusammen in einer toleranten Gesellschaft, in der Menschen mit ganz besonderen Bedürfnissen akzeptiert werden.

Aus meiner Sicht kann Inklusion nicht per Verordnung umgesetzt und eingeführt werden. Inklusion ist eine Idealvorstellung einer sich ständig weiterentwickelnden Gesellschaft, ist ein Ziel, auf das man schrittweise hinarbeitet. Wer glaubt, dass Inklusion mit der Abschaffung der sonderpädagogischen Einrichtungen erreicht ist, hat den Grundgedanken nicht verstanden.

* Direktorin, Gehörlosenschule Dornbirn

Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler
unterkofler.gerhard@aon.at

Zwickts mi, i man i dram!

Große Ankündigungen finden oftmals nicht statt. So jedenfalls geschehen mit dem ÖAAB-Bildungspapier. Dieses werde die österreichische Bildungspolitik revolutionieren, meinten noch kurz zuvor großmündig die Initiatoren.

Doch was da präsentiert wurde, riss kaum jemanden vom Hocker, und die Häme der Medien über dieses „Bildungslüfterl“ folgte postwendend.

Nicht alle Vorschläge sind schlecht, wie etwa Förderkurse für Migrantenkinder, Entlastung der Lehrer von Verwaltungstätigkeiten, Professionalisierung der KindergärtnerInnen. Doch eine revolutionäre Bildungspolitik sieht anders aus und enthält vor allem zukunftsweisende Vorschläge, Ideen und auch Utopien.

Für die Hauptschule haben sich die Schwarzen was ganz Neues einfallen lassen: die Aufstiegsschule. Damit soll ein Wechsel von der Hauptschule ins Unterstufengymnasium möglich sein. Gut informierte LehrerInnen wissen, dass dies bereits jetzt schon möglich ist.

Um die ÖVP mit dem Umwort „Gesamtschule“ nicht weiter zu reizen, wurden stattdessen in der Vergangenheit alle möglichen Bezeichnungen hervorgezaubert, und die SPÖ verbog dabei ihr Rückgrat mehr als ihr gut tat. Doch der konservative Altbeton scheint langsam zu bröckeln. Die ÖVP-Wissenschaftsministerin Beatrix Karl kreierte mit dem „Gymnasium für alle“ eine weitere Bezeichnung für Gesamtschule. Aber die Dinosaurier um Pröll erkannten dieses trojanische Pferd, ließen sich nach einer Schrecksekunde auch von Karl nicht täuschen und reagierten barsch. Pröll maßregelte seine Parteifreundin öffentlich und die schwarzen Gewerkschafter Scholik und Riegler schäumten. Riegler, der angeblich alle Pflichtschullehrer

vertritt, tut mit der Ablehnung der Gesamtschule uns Pflichtschullehrern einen Bärendienst. Die sozialdemokratischen Pflichtschulgewerkschafter fordern jedenfalls weiterhin die Gesamtschule.

Die Unterrichtsministerin muss sich bei dieser ÖVP schon über Fortschritte freuen, die nur mit viel gutem Willen zwischen den Zeilen herausgelesen werden können. Hauptsache, die ÖVP gibt überhaupt ein bildungspolitisches Lebenszeichen, auch wenn sich die fortschrittlichen Kräfte noch nicht durchgesetzt haben.

Natürlich genügt es nicht, einfach eine Gesamtschule einzuführen und alles andere beim Alten zu belassen. Weitere Reformen stehen an: etwa die Reduktion des Unterrichtsstoffes, verpflichtende Ganztageschulen, neue Unterrichtsmethoden, die eine Individualisierung zulassen, universitäre Ausbildung aller LehrerInnen, ein neues Besoldungs- und Dienstrecht. Gleichzeitig sollte man auch die Abschaffung der vom Staat mit Millionenbeträgen finanzierten Privatschulen andenken.

Die Vorarlberger Lehrer warten mehrheitlich auf die Abschaffung der schulischen Apartheid im Alter zwischen 10 und 15 Jahren. Man sollte ihre Geduld nicht länger strapazieren.

Endlich wieder Gewinne

Laut neuesten Nachrichten aus der Wirtschaftswelt geht es den Großbanken wie UBS, Deutsche Bank oder Barclays dank Steuermilliarden wieder richtig gut. Milliardengewinne bereits im ersten Quartal dieses Jahres. Angesichts solch erfreulicher Zahlen wird schon über eine Erhöhung der Managergehälter zu deren „besseren Motivierung“ geredet.

Na dann, liebe KollegInnen, kann es nur noch aufwärts gehen. Mit diesen beruhigenden Nachrichten wünsche ich Euch erholsame Ferien.

Wenn einer eine Reise tut, ...

Willi Schneider
wilhelm.schneider@schule.at

... dann hat er was zu erzählen. So geht es Reisenden, die offen auf eine Sache zugehen, etwas sehen wollen, ohne Voreingenommenheit, ohne Scheuklappen. Nicht ganz so dürfte es dem ÖAAB Obmann Min. Spindelegger auf seiner Reise nach Finnland ergangen sein. Diese Reise, so wurde medienwirksam verkündet, sollte wertvolle Impulse für das neue ÖAAB-Bildungskonzept liefern. Nach der Reise präsentierte der Minister das neue Konzept. Neben durchaus Begrüßenswertem dann die Stellungnahme zur Sekundarstufe I:

„Keine Bildungsentscheidung soll mehr vor dem 14. Lebensjahr getroffen werden müssen“, betonte Spindelegger: „Man kann im zehnten Lebensjahr noch nicht vorhersehen, in welche Richtung sich ein Mensch entwickelt. Daher muss den jungen Menschen jeder Weg offen bleiben.“ Das Bildungskonzept des ÖAAB sehe daher vor, die Hauptschulen zu „Aufstiegsschulen“ aufzuwerten.

Richtig, die Entscheidung im 10. Lebensjahr kommt zu früh. Hätte der ÖAAB-Chef seine ideologischen Scheuklappen zu Hause gelassen, hätte er eine hervorragende Alternative kennen lernen können. Er müsste uns nicht vormachen, man könne die Durchlässigkeit zwischen AHS Unterstufe und HS/NMS/VMS erhöhen und so die Entscheidung in das 14. Lebensjahr verschieben. Die Praxis zeigt, dass das nicht funktioniert. Die Durchlässigkeit von der AHS in die HS ist nämlich auf dem Papier schon gegeben und in die eine Richtung wird sie ja „genutzt“. Die Durchlässigkeit von der HS in die AHS ist auf dem Papier bis zur 6. Schulstufe ebenfalls gegeben, trotzdem sind Übertritte von der HS in die AHS äußerst selten. Die von Spindelegger ins Spiel gebrachten „Audits“ am Ende jeden Schuljahres in der „Aufstiegsschule“ hätten schlimmstenfalls zur Folge, dass ein Schüler, der in die AHS übertreten will, das Dilemma der 4. Klasse Volksschule jährlich wieder erfahren müsste, bis er endlich aufgeben würde.

So bleibt denn nur die Hoffnung, dass sich bei der Diskussion um das neue Bildungskonzept der ÖVP die Kräfte durchsetzen, die sich den Blick auf bessere Schulsysteme nicht durch ideologische Dogmen verstellen lassen. Die gibt's auch in der ÖVP!

Mutig, Frau Minister Karl!

Das Bekenntnis zu einer Gemeinsamen Schule („Gymnasium für alle“) aus dem Munde der ehe-

maligen ÖAAB-Generalsekretärin und jetzigen Wissenschaftsministerin, kurz nachdem der ÖAAB-Vorsitzende diese abgelehnt hat, verdient Respekt. Die Ministerin nährt damit die Hoffnung, dass in der Frage der Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen auch von ÖVP-Seite her noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Man darf ihr allerdings, angesichts der Äußerungen, die postwendend von den Gegnern der Gemeinsamen Schule gemacht wurden, viel Durchhaltevermögen und Überzeugungskraft wünschen. Dass sich dabei ausgerechnet der Vorsitzende der Sektion PflichtschülerInnen in der GÖD, Walter Riegler, am restriktivsten und reform-feindlichsten äußerte („ein Skandal“), ist der eigentliche Skandal.

Der Vorschlag von Frau Karl verdient eine tiefere und ehrlichere Auseinandersetzung, die sich unter anderem von folgenden Fragen bzw. damit verbundenen Aspekten leiten ließe:

- Welche Unterrichtsstrukturen muss eine zukünftige „Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ haben, damit allen SchülerInnen die optimale Förderung zugute kommen kann?
- Welche der heutigen Schultypen bietet diese derzeit am ehesten?
- Inkludiert der Vorschlag, dass das Dienst- und Besoldungsrecht der AHS-LehrerInnen auf die LehrerInnen der zukünftigen gemeinsamen Schule übertragen werden soll?
- Hieße das, dass bei einer zukünftigen Verwaltungsreform die Zuständigkeit für alle LehrerInnen beim Bund liegen soll?

Wenn der Geist des Mutes der Ministerin dann noch in die Vorarlberger Landesregierung wehen würde, wäre eine Modellregion „Gemeinsame Schule Vorarlberg“ nicht mehr gar so weit weg. So eine Modellregion zu schaffen, wäre ja ohnedies jetzt schon möglich.

ARGE Gemeinsame Schule Vorarlberg

Armin Roßbacher
armin.rossbacher@gmx.at

Seit April 2007 existiert die „ARGE Gemeinsame Schule Vorarlberg“. Was als Initiative einiger an grundsätzlichen Änderungen interessierten Einzelpersonen begann, entwickelte sich in dieser Zeit zu einer Plattform, in der eine Vielzahl von verschiedensten Initiativen zusammenarbeiten:

landeselternverband vorarlberg / vorarlberger familienverband / aktion kritischer schülerInnen / bodenseeakademie: forum lebendiges lernen / unabhängige bildungsgewerkschaft (ubg) / grüne bildungswerkstatt (gbw) / vorarlberger lehrerInneninitiative (vli) / österreichische lehrerInneninitiative (öli) / sozialistischer lehrerverein (slv) / christlicher lehrerverein (clv) / verein:t mit kindern wachsen hard / fachgruppe der vorarlberger kinder- und jugendärzte / initiative lernstern dornbirn / verein initiative begabung / verein für 'montessoripädagogik' vorarlberg / schule jetzt / verein kinderwelt lustenau

In diesen 3 Jahren gelang es den Verantwortlichen immer wieder, hochkarätige ReferentInnen nach Vorarlberg zu bringen. Manfred Spitzer, Enja Riegel, Bernd Schilcher, Remo Largo, um nur einige aufzuzählen, überbrachten in ihren Vorträgen und Workshops stets die gleiche Botschaft: Die Schaffung einer Gemeinsamen Schule für alle SchülerInnen in Österreich ist längst überfällig.

Auch die Gegner der Gemeinsamen Schule blieben nicht untätig. In zahlreichen Leserbriefen verteidigten sie das gegliederte Schulsystem und warnten immer eindringlicher vor einer „Nivellierung nach unten“. Gegensätzliche Standpunkte sind in einer Demokratie notwendig und für eine Debatte in schulischen Fragen unabdingbar. Was an den über die Printmedien veröffentlichten Aussagen auffällt, ist der nicht selten unsachliche, ja mitunter polemische Ton. Im Vordergrund steht nicht die Sachinformation, sondern die Attacke auf Andersdenkende.

Rupert Vierlinger in Vorarlberg

Dass es auch anders geht, bewies wieder einmal ein in Vorarlberg seit vielen Jahren bekannter Schulfachmann: Dr. Rupert Vierlinger referierte über die „Grundlagen einer menschenwürdigen Schule“ und stellte bereits am Beginn seiner Ausführungen klar:

„Eine echte Gesamtschule verzichtet auf die Selektion mit zehn Jahren!“ Die ca. 150 ZuhörerInnen schmunzelten ob der mittlerweile doch etwas überholten Präsentationsform, zeigten sich jedoch beeindruckt von den Aussagen des emeritierten Professors. Neun Gebote brachte Dr. Vierlinger den PädagogInnen nahe, so z. B. „Du sollst nicht Ungerechtigkeit treiben!“

In der folgenden Diskussion stellte der Referent fest: „Eine freiwillige Gesamtschule geht nicht“. Auch die Vorarlberger Mittelschule bedachte er mit einem Statement: „Die Mittelschule tut einen großen Schritt – aber auf diesem Weg kommt keine Gemeinsame Schule!“

Fazit: Ein langer, intensiver Abend mit klaren Aussagen und einer Erkenntnis: Bildungsdebatten können auch ganz ohne Polemik geführt werden.

Vorarlberger Mittelschule - Eine Zwischenbilanz

Auf Einladung der UBG und in Zusammenarbeit mit der ARGE Gemeinsame Schule Vorarlberg stellte am 1. Juni 2010 Dr. Siegfried Winkler vor ca. 120 ZuhörerInnen an der Mittelschule Lauterach das Innsbrucker Mittelschulmodell vor.

Anschließend stand die Vorarlberger Mittelschule auf dem Prüfstand. Auf dem Podium diskutierten:

Armin Greußing, AHS-Direktor
Gerd Neururer, Direktor VMS Lustenau-Rheindorf
Armin Roßbacher, PV-Vorsitzender APS
Peter Fischer, PH Vorarlberg
Christian Kompatscher, BSI
Angelika Büchele, Elternvertreterin

In einem Punkt waren sich alle Teilnehmer einig: An sämtlichen Vorarlberger Mittelschulen arbeiten LehrerInnen mit enormem Engagement. Für das Schulmodell gab es sowohl großes Lob als auch geharnischte Kritik. Gerd Neururer zeigte auf, dass Unterricht in heterogenen Gruppen möglich ist und von SchülerInnen begeistert aufgenommen wird. Peter Fischer bezeichnete die nach wie vor bestehende Trennung der SchülerInnen mit 10 Jahren als „Verbrechen an den Kindern“. Angelika Büchele sah in der Jahrzehnte andauernden Ein-

teilung in scheinbar homogene Leistungsgruppen einen Hauptgrund, warum sich viele Menschen nicht vorstellen können, dass eine Gemeinsame Schule bessere Ergebnisse hervorbringt.

Forderungen an die Politik wurden auch gestellt: SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen erwarten sich eine Entscheidung, wohin die Reise gehen soll. Dr. Winkler zeigte einen Weg dorthin auf: „PolitikerInnen wollen gewählt werden. Wir müssen ihnen also mitteilen, unter welchen Bedingungen wir sie wählen!“



Hinweis:
 Buchtipp auf der letzten Seite

Weiterlesen

<p>Achtung, meine Adresse ändert sich! Ich bekäme aber gerne die schulnotizen weiterhin zugeschickt:</p> <p>Adresse bisher:</p>	<p>Senden Sie diesen Coupon bitte an:</p> <p>Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz</p>
<p>ANSCHRIFT NEU:</p>	

Vorarlberger Mittelschule - ein „ergebnisoffener“ Flop?!

Peter Fischer*
peter.fischer@vol.at

Schon eineinhalb Jahre nach der Einführung der VMS kann eine mehr als ernüchternde Bilanz gezogen werden, was die Anmeldezahlen, aber auch die inhaltliche Entwicklung anlangt.

Offensichtlich haben viele Eltern den Etikettenschwindel schnell durchschaut. Wenn Landesrat Stemer im März 2010 von einem Erfolg der VMS, großer Akzeptanz bei den Eltern und einer gleichwertigen Alternative zum Gymnasium sprach, weil die Zahl der Anmeldungen leicht zugenommen habe, dann kann ich ihm den Vorwurf nicht ersparen, entweder Realitätsverweigerer oder Schönfärber zu sein. Eine Steigerung der Anmeldezahlen zur VMS von 0,31% und den Rückgang beim Gymnasium von 0,51% als Erfolg zu verkaufen, ist schon mehr als kühn angesichts der Tatsache, dass der Andrang an die Gymnasien trotz VMS nach wie vor groß ist und heuer 82 SchülerInnen, die die Gymnasialreife haben, abgewiesen werden mussten.

Dilettantisches Herumwursteln

Den Andrang an die Gymnasien zu stoppen, um keine neuen bauen zu müssen, war die Ursprungsidee vom politisch Verantwortlichen Landesrat Stemer. Er spricht deshalb auch gerne von „seiner“ VMS, die er sich von den GegnerInnen nicht schlecht machen lasse. Innerhalb von 1½ Monaten wurde im Jahre 2007 von einer Arbeitsgruppe, die nur aus einigen LehrerInnen bestand, die VMS aus dem Boden gestampft. Dass so Schulentwicklung nicht stattfinden kann und darf, sagt einem der normale Hausverstand. Wenn ein Betrieb in der Wirtschaft so eine Entwicklungsstrategie betreiben würde, wäre das Scheitern von vornherein programmiert und der Betrieb pleite. Aber da es sich ja um öffentliche Gelder vom Bund handelt, und zwar in Millionenhöhe, darf man offensichtlich nach Belieben herumwursteln.

Dieser Dilettantismus beginnt ja schon mit der Vorgabe, dass das VMS-Modell „ergebnisoffen“ sei, wie Stemer und seine reaktionären Getreuen hauptsächlich aus dem Gymnasialbereich gebetsmühlen-

artig beschwören und beschwichtigen. Es soll also einmal abgewartet werden, was da herauskommen wird! Das heißt im Klartext: Der Beliebigkeit sind Tür und Tor geöffnet, weil alle 51 VMS-Schulen in Vorarlberg jeweils ein eigenes Konzept haben. Es gibt zwar einige Vorgaben vom Unterrichtsministerium, wie die Abschaffung der Leistungsgruppen oder eine Zusammenarbeit mit den Gymnasien, aber wie und in welcher Form das passiert, ist jedem Schulstandort selbst überlassen.

Dabei gäbe es klare Richtlinien des Bundesministeriums: „Im Sinne des Projektzieles - eine gemeinsame Schule für die Sekundarstufe I [5. bis 8. Schulstufe] - ist der gemischte/gemeinsame Einsatz von Lehrpersonen mit HS- und AHS-Lehramt erforderlich. Grundsätzlich erfolgt der Einsatz von AHS/BHS-Lehrpersonen in allen NMS-Klassen.“ Dass bei 51 verschiedenen Modellen eine Qualitätsprüfung bzw. Evaluation ein Ding der Unmöglichkeit bzw. eine Farce ist, sei nur nebenbei erwähnt.

Notendruck auf Volksschulkinder

Was die VMS nicht geschafft hat, ist, den Notendruck auf die Kinder der 4. Klassen Volksschule zu mindern. Die unsinnige, menschenverachtende, einer Lotterie ähnelnden und vielfach die Lernmotivation störende Selektion mit 10 Jahren bleibt nach wie vor bestehen. Es sollen zwar im kommenden Schuljahr in den 3. Volksschulklassen sogenannte Lernstandserhebungen - wahrscheinlich wiederum ein beschönigender Begriff für Tests, mit dem auch wir an der Pädagogischen Hochschule noch nichts anzufangen wissen, - flächendeckend eingeführt werden. Doch damit wird der Druck auf die Kinder voraussichtlich nur noch früher angesetzt. Irgendwie erinnert mich das an die Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium bis in die 60er Jahre.

Dieses segregierende Denken hielt ich bisher für ein Relikt aus der Vergangenheit, doch dass es wieder unter einem anderen Namen eingeführt werden

soll, ist für mich eine gefährliche Drohung, die letztlich ein Verstoß gegen die Kinderrechte darstellt. Das alles nur, weil gewisse Kreise in der ÖVP mit der einzigen und für mich völlig irrationalen Begründung, das mehrgliedrige Schulsystem habe sich bewährt, eine Gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen verhindern wollen. Die Frage ist nur, für wen hat es sich bewährt? Das ist heuer eine Anzahl von 23,9% Kindern in Vorarlberg, die in einem Gymnasium untergekommen sind, während es in Wien z.B. um die 60% sind. Ist das Chancengleichheit und –gerechtigkeit und vor allem eine dringend notwendige Verbesserung unseres ineffizienten und desolaten Bildungssystems?

„Festhalten an einer frühen Differenzierung ist Klassenkampf!“

Dabei wird Schullandesrat Stermer nicht müde zu betonen, dass eine Änderung des Systems nicht notwendig sei, sondern nur eine inhaltliche. Dass aber beides dringend notwendig ist und einander bedingt, scheint ihm bisher entgangen zu sein, sonst hätte er schon längst eine Modellregion Vorarlberg mit einer gemeinsamen Schule der 6- bis 15-Jährigen eingeführt. Dafür hätte er auch die volle Unterstützung der Bildungsministerin Schmied bekommen. Aus welchen Gründen auch immer beharrt er persönlich auf der Selektion, wenn er beim letztjährigen Hochschultag an der Pädagogischen Hochschule in Feldkirch vor dem versammelten Kollegium feststellt: „Als gelernter Österreicher weiß man, dass eine Zusammenführung von Gymnasium und Hauptschule unmöglich ist!“ Da stellt sich mir die Frage, ob die/der ÖsterreicherInnen tatsächlich so lernunfähig ist. Er wird doch nicht die ca. 20% der 15-Jährigen, die laut PISA der Risikogruppe angehören, die nicht sinnerfassend lesen oder rechnen können, auf den Großteil der ÖsterreicherInnen übertragen!

Dass unser selektives Schulsystem nicht kindgerecht und ineffizient ist, beweisen viele nationale und internationale Studien. Auch aus medizinischer Sicht ist dieses System untragbar, wenn Kinderärzte über immer mehr psychosomatische Leiden bei Kindern, Jugendlichen, aber auch LehrerInnen klagen. Prof. Dr. Remo Largo, jahrelanger Leiter der Universitäts-Kinderklinik Zürich, spricht sich klar gegen eine frühe Differenzierung aus, wenn er sagt: „Die Gesamtschule ist im Vergleich zum differenzierten Schulsystem sicher kein Nachteil. Es gibt nur einen Grund für das sture Festhalten an einer frühen Differenzierung: Klassenkampf!“ Dieses Zitat

fiel im Rahmen eines Vortrags im März 2010 in Götzis.

Wenig Wille zur Systemveränderung

Dass den Verantwortlichen im Landhaus eine gravierende Änderung des Schulsystems, das allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden würde, kein allzu großes Anliegen ist, beweisen nicht nur das Modell VMS, sondern auch diverse Personalentscheidungen. Wie sonst ist es zu erklären, dass ein konservativer Gymnasiallehrer vom Landesrat Stermer zum Koordinator bestellt wurde, der die Aufgabe hätte, die Hauptschulen und die Gymnasien zusammenzuführen, aber ein geradezu „militanter“ Gegner einer Gemeinsamen Schule ist? Er missbraucht seinen Einfluss lieber, um in seinem Bregenzer Gymnasium Stimmung gegen eine Zusammenführung zu machen, wie die Leserbriefe des Direktors, einzelner Kollegen und eines Großteils des dortigen Lehrkörpers beweisen. Wie sonst ist es zu erklären, dass ein Bezirksschulinspektor, der lange Jahre als Personalvertreter der PflichtschullehrerInnen sich mehr der damaligen Schullandesrätin und späteren Unterrichtsministerin Gehrler verpflichtet gefühlt hat als den LehrerInnen, die er zu vertreten hatte, jetzt vom Land als Erstgereihter für den Posten des Landesschulinspektors dem Ministerium vorgeschlagen wird? Im Gegensatz zu ihm hat die zweitgereichte Bezirksschulinspektorin weit mehr an Zusatzausbildungen und -qualifikationen vorzuweisen und hat sich als äußerst innovative Schulentwicklerin auch international einen Namen gemacht.

Ich höre schon den Einwand, dass bei der Reihung alles mit rechten und objektiven Dingen zugegangen sei, doch allein mir fehlt der Glaube, zumal es aus meiner Sicht in den letzten Jahren bei all den Maßnahmen des Landes in Richtung gravierender Veränderungen darum gegangen ist, das Alte und „Bewährte“ zu erhalten und der Bevölkerung Innovation und Veränderungen vorzutäuschen. Schließlich wurde sie ja, nicht zuletzt durch die undemokratischen und hierarchischen Schulstrukturen, zu Obrigkeitsglauben und Unmündigkeit erzogen.



*Mag. Peter Fischer ist Professor für Deutsch-Didaktik an der PH Feldkirch

Die ungekürzte Fassung des Artikels erschien in der Zeitschrift „Kultur“ Nr. 4/2010

„Ich schaue lieber weg...“

Walter Moosbrugger
walter.moosbrugger@gmx.at

Die große Masse der „Schweigenden“ macht sich bei Mobbing mitschuldig! Konkrete Fälle an Vorarlberger Schulen geben Anlass zu Besorgnis. Die vielen Burn-out-Fälle und immer mehr Mobbing- bzw. Bossing-Anfragen an die PV sprechen für sich.

Auf Grund der immensen Rückmeldungen auf meinen letzten Bericht über „Bossing“ möchte ich dieses Mal weitere Aspekte als Denkanstöße näherbringen. Unter den E-Mails waren Aussagen wie „... sehe in jedem Satz meinen Schulleiter...“ oder „... endlich jemand, der Tacheles redet!“ Die Themen Burn-out und Mobbing im Lehrerzimmer lassen mich nicht mehr los! Die Lektüre ist zum Teil spannend wie Krimis. Ich werde, auf mehrfachen Wunsch von KollegInnen, an diesem Thema dranbleiben. Versprochen!

Zivilcourage

Vor allem zwei erhaltene E-Mails mit den Aussagen „... mutig, dieses heiße Thema anzugreifen. Ich würde mich das nie trauen...“ oder „... bei uns an der Schule wird auch eine Lehrperson gemobbt, alle wissen es, tun aber nichts...“, berührten mich. Und sie flößten mir Unbehagen ein. Es scheint, als ob in Konferenzimmern, in denen Mobbing toleriert bzw. unterstützt wird, ein Klima der Angst, Bespitzelung und Denunziation herrscht. Wo sind wir eigentlich? Das sind Vokabeln aus totalitären Systemen! War's früher auch so? War's schon immer so in Schulen? War ich bisher bloß zu naiv und blauäugig?

Geschichte?

Bedenklich ist: Wir alle sind Erwachsene und meinen, frei, unabhängig und gebildet zu sein. Wie kann es also sein, dass es LehrerInnen gibt, die riesige „ANGST“ haben und bei offensichtlichen Missständen lieber schweigen, als sich zu Wort zu melden? Für mich stellt sich ernsthaft die Frage: Ist eine „weschauende“ Lehrperson geeignet, Kindern politische Bildung, Geschichte (!), soziale Kompetenz und Zivilcourage zu vermitteln? Ich weiß, dies klingt provokant. Sehr provokant. Aber manchmal muss man provokant sein, um aufzurütteln! Meine Antwort auf die obige Frage lautet klar: Nein! Zumindest nicht, wenn man sich morgens vor dem Spiegel diese Frage stellt!

„Bin ich der/die Nächste?“

Mobbing ist eine Erniedrigung, die sich im Schulwesen noch mit dem Gefühl der besonderen Hilflosigkeit paart. Im angestammten Lehrer-Beruf gibt es praktisch keinen anderen Arbeitgeber als das Land bzw. den Staat. Ausweichen ist kaum bis gar nicht möglich. Das streng hierarchisch aufgebaute System mit verfilzten parteipolitischen Seilschaften begünstigt Ellbogenmentalität und Mobbing. Mitzuerleben, wie Schulleiter oder Lehrpersonen ehrfurchtsvoll von „Obrigkeiten“ sprechen, lässt den Grad der Autoritätsgläubigkeit errahnen. Der „Ständestaat“ lässt grüßen. Und in welchem Lehrerkollegium gibt es nicht auch die Schwachen, vorausseilend Gehorsamen, die aus Angst, selbst zum Opfer zu werden, andere zum Opfer machen oder wenigstens froh sind, dass es andere trifft?

Klima der Angst

„Es reicht! Ich kann dem unwürdigen Treiben nicht mehr länger tatenlos zuschauen!“ Diese Worte – etwa bei Konferenzen oder Besprechungen – würden oft reichen, um Mobbing-Tätern das Wasser abzugraben. Und sollte der Schulleiter das Mobbing zulassen oder gar fördernd unterstützen („Bossing“), dann ist es höchste Zeit für professionelle Hilfe seitens der Personalvertretung und Mobbing-Beratung.

Fakt ist: Wer nachweislich mobbt, macht sich strafbar. Mobbing kann auch zivilrechtlich je nach Ausprägung als Nötigung, üble Nachrede oder Verleumdung geahndet werden.

Mein persönlicher Tipp: „Gewerkschaftsbeitritt“ (v.a. wegen der Rechtsschutzversicherung) und Klagen gegen „Mobber“ prüfen lassen.

Ausdrücklich möchte ich natürlich auch auf die vielen guten Beispiele hinweisen, die zeigen, dass ein kooperativer, offener Umgang untereinander an Schulen sehr wohl möglich ist. Ich denke und hoffe, es handelt sich dabei (noch) um die große Mehrheit.

Mit zweierlei Maß gemessen

Bernd Dragosits
direktion@vswob.snv.at

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl hat zu einer spürbaren Verbesserung in der Unterrichtsqualität geführt. 30 Kinder oder 25 Kinder – diesen Unterschied spürt man! Trotzdem gibt es immer noch Bereiche, die einer Verbesserung bedürfen.

Vor allem aber gibt es eklatante Unterschiede zwischen den Möglichkeiten einer Hauptschule und denen einer Volksschule/Sonderschule. Ein konkretes Beispiel dazu:

Im Schuljahr 08/09 schulen 53 Kinder an einer Volksschule ein. Da das 51. Kind teilt, können 3 Klassen gebildet werden. Sie setzen sich wie folgt zusammen: 1a / 18 Kinder, 1b / 18 Kinder, 1c / 17 Kinder = 53 Kinder. So weit so gut!

Im Schuljahr 09/10 wiederholt 1 Kind freiwillig, 3 Kinder ziehen in eine andere Gemeinde. Damit fällt die Schülerzahl auf der Stufe von 53 auf 49 und aus den drei Klassen müssen nun trotz sehr schwieriger SchülerInnen durch Zusammenlegung 2 Klassen gebildet werden.

Im Schuljahr 10/11 kommen nun wiederum 2 Kinder dazu und die Klassen können wieder getrennt werden.

Ob sich dieses „Spiel“ in der vierten Klasse fortsetzt, ist noch offen.

Wie unsinnig die im Wechsel stattfindende Zusammenlegung/Trennung ist, darüber sind wir Praktiker uns wohl alle einig. Die Umstellung auf eine neue Bezugsperson/Lehrperson (ev. mit einer anderen Unterrichtsmethode) sowie die Neuzusammenstellung des sozialen Gefüges innerhalb der Klassen führen zu unnötigem Stress und Verunsicherung, sowohl bei Kindern als auch bei Lehrpersonen und Eltern.

An den Hauptschulen wird das ganz einfach geregelt. Die Direktoren können aus einem Stundenkontingent schöpfen, welches ihnen erlaubt, im Bedarfsfall eine Klassenzusammenlegung zu verhindern. Warum das die Volksschulen nicht können, weiß kein Mensch. Diese Ungleichbehandlung ist durch nichts zu begründen und sollte daher schnellstmöglich durch die Einführung eines entsprechenden Stundenkontingentes für die Volksschulen und Sonderschulen abgestellt werden.

Die immens wichtige Basisarbeit der Volksschulen würde damit aufgewertet und den standortspezifischen Notwendigkeiten könnte endlich adäquat Rechnung getragen werden.

Was es dazu braucht? Einsehen und den nötigen politischen Willen.

Lesen

<p>Also gut! Ich bekäme gerne die schulnotizen an folgende Adresse geschickt:</p>	<p>Senden Sie diesen Coupon bitte an:</p>
NAME:	<p>Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz</p>
ANSCHRIFT:	
<p>Oder einfach unter schulnotizen@gmx.net anfordern</p>	

Ethik- statt Konfessionsunterricht

Gerhard Unterkofler
unterkofler.gerhard@aon.at

Im März 2010 sorgte der Grazer ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl mit der Forderung „Humanismus- und Weltethikunterricht von der Volksschule bis zur Matura“ für Erstaunen.

Durch die zahlreichen Abmeldungen vom Religionsunterricht entstehe Unwissenheit, die von „Polit-Fundis wie Herrn Strache“ missbraucht werden könne. Zudem: „Religion ist schlecht beraten, wenn sie das Diktat lebt. Sie muss im Vergleich überzeugen.“ Wer wolle, könne sich ja weiterhin freiwillig für den Religionsunterricht anmelden.

Die Diskussion um den Ethikunterricht wird in Österreich schon seit Jahren geführt. Immer mehr Jugendliche, vor allem in der Oberstufe, können mit dem Religionsunterricht nichts mehr anfangen und melden sich ab. Um diesem Trend entgegenzuwirken, erfanden ÖVP und die katholische Kirche vor Jahren einen Schulversuch, bei dem alle Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen, den Ethikunterricht belegen müssen. Das sollte die Flucht aus dem Religionsunterricht aufhalten.

Wie soll es nun aber mit dem Schulversuch weitergehen?

Rot und Schwarz haben im Regierungsabkommen die Überprüfung des Ethikunterrichts geplant und eine parlamentarische Enquete, die 2009 stattfinden hätte sollen, wurde verschoben.

Inwieweit eine Einigung dann auch für die Pflichtschulen Gültigkeit hat, ist ungewiss.

Pro und Contra

Für die **FPÖ, ÖVP** und selbstverständlich auch für **Herbert Sausgruber** muss – wenig überraschend – der christliche Religionsunterricht unverändert bestehen bleiben.

Harald Walser von den Grünen plädierte in einer Diskussion im **Wifi** für einen verpflichtenden Ethikunterricht, wobei der Religionsunterricht aus dem Stundenplan ausgegliedert werden sollte.

Die **Aktion kritischer Schüler** fordert in einer seit Monaten anhaltenden Kampagne ein Ende des Religionsunterrichts.

BM Claudia Schmied machte noch 2009 aus ihrer

Vorliebe für einen Ethikunterricht keinen Hehl. Der Ethikunterricht soll, so er kommt, nicht für „Religionsflüchtlinge“, sondern für alle eingeführt werden.

Überraschend viele Vorarlberger Pflichtschullehrer (43 Prozent) wollen den Religionsunterricht durch einen Ethikunterricht ersetzt sehen. Im katholischen Vorarlberg ist dies schon fast revolutionär.

Weshalb Ethikunterricht?

Die Schule wird immer mehr jener Ort sein, in dem allgemeingültige Werte unserer Gesellschaft unterrichtet werden müssen, schon allein deshalb, weil sie im Elternhaus immer weniger vermittelt werden. Aber auch für Kinder mit migrantischem Hintergrund, die aus Kulturen stammen, die weniger mit der westlichen Wertekultur etwas anzufangen wissen, ist ein Ethikunterricht dringend notwendig.

Außerdem können im Ethikunterricht die verschiedenen Religionen aus neutraler Sicht betrachtet werden und nicht durch die konfessionelle Brille. Weitere Themen könnten sein: Lebensentwürfe, Konsumverhalten, Bioethik, Religionskritik, Wertevermittlung einer Gesellschaft, interkulturelles Zusammenleben, Demokratieverständnis.

Während der Ethikunterricht hauptsächlich auf irdische Instanzen Bezug nimmt, bezieht sich der Religionsunterricht auf den Glauben an Gott. Glaube und Spiritualität aber sollten an staatlichen Schulen nicht gelehrt werden, diese Fragen gehören in den Privatbereich.

In einer pluralistischen Gesellschaft ist die Trennung zwischen Staat und Kirche oder besser ein Laizismus wie in Frankreich dringend vonnöten.

Das Konkordat

Ein Hindernis dafür ist allerdings das Konkordat, in welchem unter anderem das katholische Privatschulwesen und der Religionsunterricht geregelt sind.

Doch eine Änderung wird mühsam sein, schließlich verhilft dieser Vertrag der Kirche nicht nur zu großem Einfluss, sondern der Staat hat Millionenbeträge für Religionslehrer und Schulbücher auszugeben.

Dieser Vertrag zwischen dem Vatikan und Österreich hat seinen Ursprung im Austrofaschismus

(1934 - 1938). Der christlich-soziale Engelbert Dollfuß (dessen Bild noch heute im ÖVP-Klub im Nationalrat hängt) sicherte sich damit die Unterstützung des Klerus für seinen Weg der Abschaffung der Demokratie und gewaltsamen Unterdrückung der Sozialdemokratie.

Und da wäre noch!

Dr. Hans Fink, Leiter des Schulamtes der Diözese Feldkirch, meinte in einem Interview, dass nur der Religionsunterricht die großen Fragen des Menschen nach dem Woher, Wozu und Wohin beantworten könne.

Nun, die religiösen Antworten mögen, weil einfach, leichter vermittelbar sein, doch sie halten einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Religionen vermitteln mit ihren Antworten kein Wissen, sondern einen Glauben.

Zudem möchte Fink nicht alles staatlich verordnet haben „bis hinein in den sensiblen Bereich der Religion.“ „Steht es einer freiheitlichen Gesellschaft nicht besser an“, fragte er, „Eltern und SchülerInnen die Wahlfreiheit zwischen Ethikunterricht und konfessionellem Religionsunterricht zu lassen?“

Fink weiß natürlich, dass diese Wahlfreiheit auch bei der Einführung des verpflichtenden Ethikunterrichtes besteht, denn die Eltern können ihre Kinder weiterhin freiwillig zum Religionsunterricht anmelden.

Und auf die immer wieder aufgestellte Behauptung, dass unsere westlichen Werte eine religiöse Verankerung hätten, sollte man doch, mit Verlaub gesagt, darauf hinweisen, dass Demokratie, Freiheit, Toleranz gegenüber Andersgläubigen, freie Wissenschaften, Gleichberechtigung der Frau, Menschenrecht jahrelang gegen den Widerstand der Kirche durchgesetzt werden mussten.

Es ist auch mehr als fraglich, ob der Religionsunterricht die Kirchen retten kann, jedenfalls konnte er nicht verhindern, dass zwischen 1971 und 2009 der Anteil der Katholiken von 87,4 Prozent auf 66 Prozent schrumpfte. Tendenz weiter sinkend. Zudem ist in Österreich der Atheismus im Kommen. Laut einer IMAS-Umfrage (2009) glauben nur mehr 47 Prozent der Österreicher an einen Gott oder ein höheres Wesen.

Andere Länder

USA: strikte Trennung von Staat und Kirche, Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen verboten.

Türkei: in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Religionsunterricht an staatlichen Schulen abgeschafft. Daraufhin bildeten sich illegale, private Korankurse. Ab 1949 Religionsunterricht schrittweise wieder zugelassen.

Frankreich: Religionsunterricht an öffentlichen Schulen verboten. Auch kein Ethikunterricht, dieser soll aber als „Moral-Kurs“ eingeführt werden.

Berlin: verpflichtender Ethikunterricht für alle Schüler, Religion kann man als Zusatz wählen. Diese Regelung wurde heuer in einer Volksabstimmung mit Mehrheit bestätigt.

Großbritannien: gemeinsamer Religionsunterricht für alle Konfessionen. Schüler lernen über die unterschiedlichen Religionen, Glaubenssysteme, Werte und Traditionen.

Burnout in Finnland – Fehlanzeige

Armin Roßbacher
armin.rossbacher@gmx.at

Wer sich mit dem Thema Burnout bei LehrerInnen beschäftigt, stößt über kurz oder lang auf ein verblüffendes Detail: In Finnland, dem mehrfachen Pisa-Sieger, existieren im Vergleich zu anderen Industrieländern keine statistischen Erhebungen über ausgebrannte Lehrpersonen. Der einfache Grund dafür: Dieses Problem gibt es im finnischen Schulwesen praktisch nicht.

Meine Reaktion auf obiges Phänomen war ungläubiges Staunen. Dabei wollte ich es nicht bewenden lassen. Bei meinen Recherchen im Internet stieß ich auf einen im deutschen Sprachraum bekannten Finnland-Experten: Hans Joss, Psychologe und Psychotherapeut, lange Jahre Lehrer und Lehrerbildner, Dozent an der PH Bern, organisiert seit mehreren Jahren Bildungsreisen nach Finnland.

Im Frühjahr dieses Jahres traf ich mich mit Hans Joss und führte mit ihm ein längeres Interview. Hier einige Auszüge daraus:

In Österreich nimmt die Zahl von Burnout betroffenen Lehrpersonen stark zu. Herr Joss, wie geht es diesbezüglich den LehrerInnen in der Schweiz?

Der Mehrheit der Schweizer LehrerInnen geht es recht gut, allerdings hat eine große Anzahl von LehrerInnen keine 100 % Lehrverpflichtung mehr. In Bern gibt es eine Empfehlung an junge LehrerInnen, keine volle LV zu nehmen! Eine Umfrage der Erziehungsdirektion Bern hat ergeben: 20 % der KollegInnen fühlen sich ständig überfordert, 40 % können sich nie richtig erholen. LehrerInnen, die um Hilfe bitten, signalisieren: Ich schaffe es nicht. Das ist stark mit Scham verbunden. Betroffene ziehen sich zurück, machen ihre Arbeit, wehren sich nicht gegen ein ungerechtes System. Eigentlich könnte man sagen: Sie kämpfen ums Überleben.

Sie sind sogenannter Finnlandexperte. Stimmt es wirklich, dass Burnout in Finnland bei LehrerInnen kein Thema ist? Wenn ja, wo liegen die Gründe dafür?

Ja, das ist so. Gründe dafür gibt es mehrere. Das finnische Schulsystem ist eindeutig förderorientiert.

Im Vordergrund stehen einige wenige Grundsätze: Auf unnötige Selektion wird verzichtet. Bei möglichen Auffälligkeiten von SchülerInnen wird sofort reagiert. In diesem Zusammenhang ist auch das andere Rollenverständnis von PädagogInnen zu erwähnen: Jeder Jugendliche muss zu seiner optimalen Leistung begleitet werden.

An den finnischen Schulen existiert auch eine klare Rollentrennung. LehrerInnen sind für den Unterricht zuständig, ihnen steht unterstützendes Personal (z. B. AssistenzlehrerInnen, Krankenschwestern, SozialarbeiterInnen) zur Seite.

Bei uns wird immer wieder die Frage gestellt: Ist ein Kind schulreif? In Finnland lautet die Frage anders: Ist die Schule kindreif?

In Österreich können manche KollegInnen die Vergleiche mit dem finnischen Schulsystem nicht mehr hören. Gibt es diese Reaktionen in der Schweiz auch?

Ja, das ist mir gut bekannt. Und ich verstehe diese Haltungen auch – LehrerInnen müssen in und mit diesem System leben. Aber es braucht auch immer wieder gemeinsame Anstrengungen, um die Bedingungen in diesem System zu verbessern.



Hans Joss

[www.hansjoss.ch/
downloads/finnland.html](http://www.hansjoss.ch/downloads/finnland.html)

Auf der Homepage von Hans Joss finden sich eine große Anzahl an weiteren Informationen über das finnische Schulsystem. Besonders interessant für LehrerInnen sind die zahlreichen Reiseberichte von TeilnehmerInnen an den von Hans Joss organisierten Finnlandreisen.

Ein Ausschnitt aus dem Reisebericht von Ursula Niklaus zum Thema „Das Thema Burnout ist in Finnland unter Lehrpersonen weitgehend unbekannt“:

Lehrpersonen genießen ein hohes Ansehen. Gegen sie operierende Elternvereinigungen und sarkastische Zeitungsartikel sind unbekannt.

Sie werden innerhalb der Schule von verschiedenen Fachleuten und AssistentInnen unterstützt. Kinder mit speziellen Bedürfnissen werden (vorübergehend) speziell betreut, so dass die Klasse nicht gestört wird und das betroffene Kind sein Defizit beheben kann.

Da die Ausbildung der Kinder zu den wichtigsten staatlichen Aufgaben zählt, werden dafür genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Je jünger die Kinder sind, desto mehr Personen kümmern sich um sie.

Dank den staatlich garantierten vorschulischen Einrichtungen sind die Kinder sozialisiert, wenn sie in die Schule eintreten, und allfällige Unterschiede weitgehend ausgeglichen. Eltern werden in der Erziehungsarbeit unterstützt und beraten.

Die Reformen kommen von der Basis (also von den eigentlichen Fachpersonen aus) und werden nicht von oben diktiert. Die Schulen genießen ein hohes Maß an Autonomie.

Durch die hohe Sozialkompetenz der SchülerInnen sind Sachbeschädigungen und Attacken gegen Lehrpersonen äußerst selten.

Eine Schulstunde besteht aus 45 Minuten Unterricht und 15 Minuten Pause, was sich auf alle Beteiligten stressmindernd auswirkt.

Die fehlende Selektion und die vielen Unterstützungsangebote bewirken, dass SchülerInnen viel weniger unter Druck stehen als bei uns. Sie haben somit kaum Anlass, Frustrationen an Lehrkräfte weiterzugeben.

In Finnland ist die Didaktik, für die wir viel Energie aufwenden, kein wichtiges Thema. Die SchülerInnen werden weitgehend traditionell unterrichtet.

Die Leistungen der SchülerInnen werden regelmäßig evaluiert. Wenn an einer Schule der Landesdurchschnitt nicht erreicht wird, bekommen die Lehrpersonen zusätzliche Unterstützung, statt Schelte. Außerdem werden Lehrkräfte nicht durch öffentliche Vergleiche mit andern Schulen beschämt.

Lehrpersonen können ein Jahr Urlaub nehmen und werden währenddessen von einer arbeitslosen Kollegin vertreten. Die Stelleninhaberin bekommt $\frac{3}{4}$ ihres Gehalts, die Stellvertreterin erhält 100%.

Hinweis:

Buchtipp auf der letzten Seite

Noch ein Buchtipp:

Streckeisen Ursula u. a., Fördern und Auslesen, Deutungsmuster von Lehrpersonen zu einem beruflichen Dilemma, Verlag für Sozialwissenschaften 2007, ISBN: 978-3-531-15346-9

Kehraus

Reinold Amann *
aon.912635799@aon.at

Der Lehrer G. ist ein richtiger Vorarlberger. Er schätzt das heimische Brauchtum sehr. Besonders am Herzen liegt ihm die alemannische Fasnat. So sucht er seit Jahren um eine Beurlaubung für diesen Tag an.

Mancher Bürgermeister hat in den letzten Tagen des Faschings Schlüssel und Verstand gegen Glühwein und Bier eingetauscht. Vorarlberg war zum Kehraus in den sicheren Händen der Narren, hat es in den VN geheißt.

Im Landhaus sei es heuer am Faschingsdienstag besonders lustig zugegangen. Unser Landeshauptmann sei sogar entführt worden! Vorarlberg ohne richtige Regierung? Ob das gut ausgegangen ist, konnte ich bis heute noch nicht feststellen.

Vielleicht ist es auch nur niemandem aufgefallen.

Falls ich nächstes Jahr zufällig am Faschingsdienstag frei haben sollte, werde ich für übernächstes Jahr um Beurlaubung ansuchen. Ich hoffe, dass sich da eine kompetente Stelle im Landhaus findet, die mir das bewilligt. Ich fürchte aber leider, mir wird es wie Polt im Film „Kehraus“ gehen und ich werde von Hinz zu Kunz geschickt und übernächstes Jahr wohl oder übel wieder arbeiten.

Was wäre aber, wenn alle 3800 Vorarlberger LehrerInnen unbezahlten Urlaub nehmen würden. Das wären dann ja 3 800 Tage, die da eingespart werden könnten. Umgerechnet wären das etwa € 680 000 in einem Jahr. In 10 Jahren wäre das bereits ein ganzes Schulgebäude und in 30 Jahren eine Autobahnbrücke. Man müsste sich dafür nicht unbedingt etwas kaufen. Man könnte das ja als Einsparungsmöglichkeit fürs Budget betrachten oder das Geld gewinnbringend in einer Kärntner Bank investieren.

Und da dieser Tag ja auch nicht für die Berechnung der Pensionszeit angerechnet werden würde, würde das bedeuten, dass jeder Lehrer etwa einen Monat später in Pension ginge und somit einen Monat länger arbeiten müsste. Für alle Vorarlberger

LehrerInnen zusammen wären das dann immerhin 316 Mann/Frau Arbeitsjahre.

Wie sich das aufs Budget auswirken würde, ist nicht eindeutig zu sagen.

Dass ich persönlich dann aber erst mit 63 Jahren und einem Monat in Pension gehen darf, trifft mich hart, ist ja das Pensionsalter in den letzten Jahren stetig gestiegen.

Solche Zahlenspielerereien lassen Lehrer K. kalt. Er supliert gratis am Faschingsdienstag und sorgt so dafür, dass seine Schüler sicher in Pisa ankommen.

Der Schüler F. ist auch froh, dass er in die Schule darf. Er lernt an diesem Nachmittag wichtige Dinge fürs Leben. Sicher bekommt er dann, wenn er etwas älter geworden ist, auch eine gute Stelle auf dem Arbeitsmarkt.

Er wird sich aber später - im richtigen Leben - umstellen müssen, denn dort haben am Faschingsdienstag nachmittag fast alle frei. Hoffentlich verkraftet er das.



* Lehrer, VMS Rankweil-Ost



Amann Reinold
6822 Röns 14
HS Rankweil Ost

Tel.: 06524 / 8191
E-mail: amann.reinold@aon

An das Amt
der Vbg. Landesregierung
Schulabteilung
Landhaus Bregenz

Betr.: Ansuchen um Dienstbeurlaubung
für den nächsten und die folgenden
Faschingsdienstagnachmittage meines Lehrlebens.

Seit nunmehr 35 Jahren bin ich im Schuldienst tätig. Ich habe nicht gezählt, wie viele Faschingsdienstage ich davon Dienst hatte, wie oft ich den Unterricht (auf innigsten Wunsch der Kinder) verschoben habe, wie oft ich zufällig stundenplanmäßig frei hatte. Mir persönlich war vor allem in den letzten Jahren der Fasching nicht mehr so wichtig. Vielleicht hängt das mit der Abgeklärtheit des Alters zusammen. Meine verbleibenden Faschingsdienstage (es sind nicht mehr viele bis zur Pensionierung) kann ich persönlich auch Schule haben. Meine Schüler (eine vierte Klasse HS) sind da ganz anderer Meinung. Viele von ihnen wollen an diesem Tag zusammen mit ihren Eltern einen Umzug in der näheren Umgebung besuchen, oder einfach, wie viele Vorarlberger auch, den letzten Faschingstag im Kreise ihrer Freunde genießen.

Ich habe mir dazu einige Überlegungen angestellt.

Von den ca. 3800 Lehrerinnen haben vielleicht etwa 2000 Lehrer am Nachmittag 2,5 Unterrichtsstunden. Bei einem durchschnittlichen Fasching (Überstundensatz) machen das doppelt, wenn man die Überstunden mitrechnet.



... dass dann immerhin 316 Mann/Frauen
wirken würde, ist nicht eindeutig zu
erklären, aber erst mit 63 Jahren und einem Monat
ist es aber wahrscheinlich in Kauf neh...

Büchertipps



Das Anti-Burnout-Buch für Lehrer

Andreas Hillert

Aufl. 2009

Verlag Kösel

ISBN-10: 3205783247

Über 90 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland scheiden vorzeitig aus ihrem Beruf aus. Die meisten davon aus medizinischen Gründen. Bis zu 50 Prozent der Betroffenen quittieren aufgrund psychosomatischer oder psychiatrischer Erkrankungen den Dienst - erschöpft, überfordert und ausgebrannt. Der Autor - u. a. Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie - liefert in diesem Buch konkrete Anregungen, wie Sie als angehende oder schon im Beruf stehende Lehrkraft problematische Aspekte Ihrer Tätigkeit reflektieren können. Neben möglichen Präventionsmaßnahmen stellt er Strategien vor, die Ihnen helfen, Schwierigkeiten im Spannungsfeld von Schulrealität, eigenen Ansprüchen und Möglichkeiten zu bewältigen.



Steckbrief Gesamtschule

Rupert Vierlinger

Aufl. 2009

Verlag Böhlau

ISBN: 978-3-466-30664-0

ISBN-13: 9783205783244

In seinem neuesten Buch bricht Dr. Rupert Vierlinger eine Lanze für die „echte Gesamtschule“, die auf die Selektion mit 10 Jahren verzichtet. Zu seinen Überzeugungen gehört:

- Jede schulische Selektion ist in hohem Maß falsch und ungerecht.
- Die Verteidiger des gegliederten Schulsystems unterstützen ein undemokratisches „ständisches“ Denken.
- Die Entfaltung der besten Begabungen nimmt durch eine echte Gesamtschule keinen Schaden, im Gegenteil, wie das Beispiel Finnland zeigt.

Univ.Prof. Dr. Rupert Vierlinger war Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Passau. Nach der Emeritierung war er Honorarprofessor an der Uni Linz. Er ist Autor zahlreicher Publikationen.



Der Multikulti-Irrtum

Seyran Ates

Aufl. 2007

Verlag Ullstein

ISBN-10: 3550086946

ISBN-13: 9783550086946

„Multikulti, so wie es bisher gelebt wurde, ist organisierte Verantwortungslosigkeit“, meint Seyran Ates. Die Autorin weiß, wovon sie schreibt. Mit 17 Jahren entfloh Seyran Ates aus ihrem Elternhaus der Unterdrückung. Bei einem Attentat wurde sie lebensgefährlich verletzt. Sie studierte Jus und war bis 2006 als Anwältin tätig, wobei sie sich für Frauen einsetzte, die eingesperrt, misshandelt und zwangsverheiratet wurden.

In diesem Buch führt sie aus, wie eine verfehlte Integrationspolitik und eine als Toleranz verkleidete Gleichgültigkeit zu Parallelgesellschaften, Gettoisierung und Gewalt geführt haben, und wie es gelingen kann, die MigrantInnen langfristig in unsere Gesellschaft einzubinden.